

Am 6. Mai
wählte Frankreich das Risiko

„Homme normal“

Günter Mühler

Das wahre Sinnbild Europas ist Sisyphos. Nirgendwo auf der Welt liegt die Geschichte schwerer auf Sein und Bewusstsein als auf dem Alten Kontinent. Nirgendwo ist es mühsamer, den Stein der Veränderung zu bewegen, als hier. Der Weg zum vereinten Europa muss deshalb steinig und kurvenreich sein. Wäre es anders, die Idee Europa wäre nur eine Laune. Erst die Rückschläge machen den Blick frei auf ihre Größe und ihre Dignität.

So steht es im Katechismus der Einnungsrealisten; alle geschworenen Europäer sind Realisten, das heißt, sie sind Kummer gewohnt. Nur weil ihre Seelen vernarbt sind, werden sie über den 6. Mai hinwegkommen. An diesem *dies irae* bewies Griechenland, Geburtsstätte des modernen Europa, dass demokratische Klugheit eindeutig nicht vererbar ist. An diesem 6. Mai wählte Frankreich das Risiko.

Tränen der Freude, Tränen der Verzweiflung: Auf der Place de la Bastille, gedrängt um die Triumphsäule der Julirevolution, delirierte die Linke im Jubel über den Sieg François Hollandes. Im Kongresszentrum „Mutualité“, mitten im Quartier Latin, vernahmen die Anhänger Nicolas Sarkozys versteinert, dass ihr Idol nach seiner Niederlage der Politik den Rücken kehren will.

Das Ausmaß von Begeisterung und Verzweiflung zeigte: Politisch ist Frankreich ein tief gespaltenes Land. Und trotzdem sangen die Menschenmassen hier wie dort, in der „Mutualité“ und auf der Place de la Bastille, fahnenschwenkend die Marseillaise. *Drôle de peuple. Justitia*

zufolge, die bekanntlich eine Binde über den Augen trägt, war *gauche* am Zug.

In der Fünften Republik gab es bis zum 6. Mai vier rechte Präsidenten und nur einen linken, dazu de Gaulle, der sich eine Zuordnung noch aus dem Grab heraus verbäte. Der Machtwechsel war also normal. Man konnte ihn kommen sehen. Nicolas Sarkozy verspielte den Amtsbonus in der ersten Phase seiner Amtszeit. Seine Vorliebe für die Reichen und die Schönen, die als Vulgarität ausgelegt wurde, kostete ihn Sympathien nicht zuletzt im Bürgertum. Sein Besuch bei „Fouquet’s“, einem Neureichenschuppen auf den Champs-Élysées, am Abend des Wahlsiegs 2007 wurde zum Symbol eines angeblich frivolen Lebensstils. Einfallslose Medien klimperten den Gassenhauer „Fouquet’s“ ganze fünf Jahre lang. Auch daran lag es, dass die republikanische Rechte, die Regierungspartei *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP), schon letztes Jahr kräftig an Boden verlor, bei den Wahlen zum Senat und bei den Regionalwahlen.

Drei Trumpfkarten

Im Verteidigungskampf um den Élysée bauten Sarkozys *spindoctors* auf drei Trumpfkarten: auf die Scheu der Franzosen, mitten im Sturm die Pferde zu wechseln, auf den Mitnahmeeffekt der als vorbildlich geltenden deutschen Bundesregierung und auf die Kampagnenfähigkeit des Kandidaten. Es stach einzig der letzte Trumpf. Dass Sarkozy am Ende nur gut eine Million Stimmen fehlten, war bei

Licht betrachtet ein Erfolg, der Erfolg eines leidenschaftlichen Wettstreits, den der scheidende Präsident in der Konstellation „Einer gegen alle“ führte. Der Wahlkampfhit „Deutschland“ erwies sich dagegen als Flop: Wohl bewundern die Franzosen die deutsche Wirtschaftskraft und Angela Merkel. Doch jeden Tag die Deutschen als Vorbild serviert zu bekommen schmeckt ihnen nicht. Und die Wirtschaftskrise? Der drohende Kollaps des Euro? Das Problem ist, dass die Franzosen wie andere Völker auch Probleme gern verdrängen.

Eine vierte Trumpfkarte Sarkozys hätte eigentlich Hollande sein sollen. Hollande war unzweifelhaft ein Zufallskandidat. Dem Abgeordneten aus Tulle in der Corrèze hafteten Beinamen an wie „Monsieur drei Prozent“. Die sozialistische Parteivorsitzende Martine Aubry titulierte ihn als „schlaffen Linken“ und spielte damit auf Risikoscheu und Harmoniesucht an, die Hollande nachgesagt werden. Tatsächlich wäre Hollande niemals Kandidat der Linken geworden (wie es 2007 seiner damaligen Lebensgefährtin Ségolène Royale, Mutter seiner vier Kinder, gelang; Madame Royale verlor damals gegen Nicolas Sarkozy), hätte sich nicht ein anderer selbst aus dem Rennen katapultiert: Dominique Strauss-Kahn, Präsident des Internationalen Währungsfonds und Idealbewerber der Linken, tappte in die Frauenfalle. Als feststand, dass die Primärwahlen der Sozialisten ohne DSK stattfinden würden, begann der Steilflug Hollandes. Der „schlaffe Linke“ setzte sich spielerisch gegen seine Parteichefin durch.

Ohne übertriebene Würze

Hollandes Wahlsieg beweist, dass sich auch mit niedrigem Profil hohe Ziele erreichen lassen, ja dass in der Vermeidung von Klarheit gelegentlich die Bedingung des Erfolgs liegt. Die Vorstellungen, die der 57-Jährige im Wahlkampf entwi-

ckelte, verliefen entlang des Meridian sozialistischer Programmatik: Wachstum statt Leistungskürzung, Arbeitsmarktpolitik durch Vermehrung öffentlicher Stellen. Den Tribut, den Hollande dem Anhang des ultralinken Front de Gauche und dem der Grünen zollen musste, entrichtete er durch ein paar Gesten: Den Grünen offerierte er die Stilllegung eines Atomreaktors (Fessenheim; womit allein der versprochene Rückbau der Kernenergie auf einen Fünfzig-Prozent-Anteil bei der Bedienung des Strombedarfs nicht annähernd erreichbar ist), den Links-Autonomen und Kommunisten, die sich diesmal und mit großem Erfolg hinter der Fahne von Jean-Luc Mélenchon, einem Freund Lafontaines, versammelten, warf er den Köder einer Reichensteuer hin. Sie bedroht Einkommensmillionäre mit einem Abzug von 75 Prozent. Sogleich protestierten Vertreter der französischen Fußballclubs, die den Exodus ihrer Stars befürchten, während der Bürgermeister von London, Boris Johnson, schadenfroh Frankreichs Großverdiener zur Übersiedlung auf die Insel einlud.

Ein Menü ohne übertriebene Würze, dazu das eine oder andere *amuse gueule*: Den Franzosen gefiel der Wahlkampf des François Hollande. Dankbar honorierten sie, dass der sozialistische Kandidat sie mit lästigen Zumutungen nicht nervte. Wirklich gelang es Hollande, in all seinen Wahlkampfäußerungen das schöne französische Wort *économies* (für Einsparungen) souverän zu umkurven. An der *École Nationale d'Administration* (ENA) studierte François Hollande vor Zeiten Wirtschaftswissenschaften. Das macht sein Kunststück noch bemerkenswerter.

Anders Sarkozy. Seine Kampagne hatte partiell suizidäre Züge. Wahlkämpfer wissen, was die Wählerinnen und Wähler am wenigsten hören wollen, nämlich die Wörter Kürzungen und Verzicht. Gegen alle Regeln klärte Sarkozy das

Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßt am 15. Mai 2012 den neu gewählten französischen Staatspräsidenten François Gérard Georges Nicolas Hollande im Bundeskanzleramt in Berlin.

© picture-alliance/Sven Simon, Foto: Annegret Hilse/Sven Simon



Elektorat darüber auf, dass Frankreich sich ändern muss, mehr arbeiten muss, die Wettbewerbsfähigkeit verbessern muss, um zu neuer Stärke zu finden.

Suizidäre Züge

Wahrheit adelt. Sie ist in der Demokratie aber nicht unbedingt die Währung, die den Erfolg garantiert. Es sei denn, man ist ein Ludwig Erhard. Als Erhard die Parole ausgab: „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“, sprach er damit etwas aus, was seiner allgemeinen Politik entsprach. Sarkozys Glaubwürdigkeitsproblem bestand darin, dass er am Ende seiner Amtszeit als notwendig propagierte, was er richtigerweise schon an ihrem Anfang hätte praktizieren sollen.

Nicolas Sarkozy war ein modern und vorurteilsfrei agierender Präsident. Mit

seinem unermüdlich sprühenden Geist schoss er mehr Ideen in die Umlaufbahn als jeder seiner Vorgänger. Wenig verwurzelt im gaullistischen Milieu, brach er mit dem manchmal karikaturhaften Vorurteil gegen die Supermacht USA. Selbstbewusst demonstrierte er seine Unabhängigkeit. Er machte den ehemaligen Kommunisten und Mitbegründer der „French doctors“, Bernard Kouchner, zum Außenminister und Frédéric Mitterrand, den Neffen des sozialistischen Staatspräsidenten, zum Ressortchef für Kultur. Dieser Mangel an Konvention verstörte im bürgerlichen Lager ebenso wie der Umstand, dass Sarkozy entgegen dem Herkommen keine Ausbildung an einer der Elite-Hochschulen vorweisen kann. Mit vielem, was der Präsident tat, überforderte er wohl die Franzosen, die

sich ihren Präsidenten sehr staatsmännisch vorstellen. So hatte es eine gewisse Folgerichtigkeit, dass das Porträt des kleinen Mannes mit den ewig wetterleuchtenden Gesichtszügen aus den offiziellen Bilderrahmen in Präfekturen und Rathäusern fiel.

Für Hollande erscheinen die Bilderrahmen hingegen maßgeschneidert. Hollande empfahl sich den Franzosen als Mann ohne Attitüden und Exzentrizitäten.

Tadelloses Benehmen

Als Präsident werde er ein tadelloses Benehmen vorweisen, erklärte er im einzigen Fernsehduell. Es war eine seiner präzisesten Aussagen. Der *Figaro*, der sich über Wochen redlich bemüht hatte, Hollande zu verhindern, titelte am Tag nach der Wahl, jetzt sei ein *homme normal* Präsident der Republik. Damit traf das Blatt den Nagel auf den Kopf. Ein normaler Mensch: Ein wenig erinnert die Charakterisierung an Helmut Kohl. Auch Kohl kam aus der Provinz, auch ihm bescheinigte man, dass jeder bei ihm ohne Scheu einen Gebrauchtwagen kaufen könne. Imaginiertes Vertrauen, Berechenbarkeit, Anständigkeit, kurz all das, was hinter dem Bild des *homme normal* steht, sind die Minimalausstattung des erfolgreichen Politikers in der Demokratie. Das Minimum genügte François Hollande zum Wahlsieg.

Fremde Königsmacher

Die Linke konnte bei der Stichwahl ihre Kräfte geschlossen in die Waagschale werfen. Trotzdem bedurfte es fremder Königsmacher. Für diese Rolle standen Marine Le Pen, die Vorsitzende des rechtspopulistischen *Front National* (FN), und François Bayrou zur Verfügung. Der Chef der Zentrumspartei *MoDem* sicherte kurz vor dem Finale Hollande seine Stimme zu. Eine erstaunliche Festlegung: Bayrou hatte vor ein paar Jahren treffsicher die Wirtschaftskrise vorhergesagt.

Im Wahlkampf stellte er sich ausdrücklich hinter Sarkozys Wirtschaftsprogramm, die *règle d'or* genannte Schuldenbremse eingeschlossen. Den Schwenk zu Hollande begründete er mit dem angeblichen Buhnen Sarkozys um die Rechtsaußen-Wählerschaft, ein schwaches Argument. Es scheint, als spekuliere Bayrou auf den Zerfall der Sammlungsbewegung UMP nach dem Machtwechsel.

Er wäre nicht der Einzige. Für Marine Le Pen würde das Ende der UMP die Verwirklichung eines Traums bedeuten. Nicht bloß, weil nach den Gesetzen der politische Sitzgeografie ihr ganzer Hass dem unmittelbaren Nachbarn gilt. Die Anwältin möchte den FN aus dem politischen Abseits heraus und in die Nähe der Machtbeteiligung bringen. Dazu wäre die Aufspaltung der UMP die strategische Voraussetzung.

Womöglich sieht sich die ehrgeizige Marine Le Pen langfristig sogar als Führerin der Rechten. Die Tochter und Nachfolgerin ihres faschistoiden Vaters Jean-Marie erzielte bei ihrem ersten eigenständigen Auftreten mit achtzehn Prozent der Wählerstimmen (6,4 Millionen) einen stupenden Erfolg. Unter ihrer Führung hat der FN seine xenophobe Ausrichtung behalten, aber Marine Le Pen hat die Bewegung entstaubt und zu einer schlagkräftigen Partei gemacht. Die Folge ist, dass der in der Vergangenheit nur im Süden und im Nordosten starke FN jetzt flächendeckend im *hexagone* präsent ist; kaum ein Wahlbezirk, in dem die radikale Rechte nicht auf wenigstens zehn Prozent gekommen wäre. Vor dem zweiten Wahlgang empfahl Marine Le Pen ihrem Anhang, *blanc* zu votieren, das heißt, weder für den einen noch für den anderen Finalisten zu stimmen. Die Rechnung ging auf. 2,1 Millionen Franzosen gaben einen weißen Karton ab. Da Nicolas Sarkozy in der Schlussabrechnung gut eine Million Stimmen fehlten, die Mehrheit der Weiß-Wähler wohl aus dem rechtspopulistischen

schen Lager kam, lässt sich mit Fug und Recht behaupten, dass François Hollande vom FN in den Sattel gehoben wurde.

Zwei große Bösewichter gibt es in der Welt von Frau Le Pen. Der eine sind die Ausländer, der andere Europa. Beide sind schuld daran, dass Frankreich nicht mehr die Rolle in der Welt spielt, die ihm zusteht. Die Grenzen dichtmachen und raus aus dem Euro: Den Vorwurf übertriebener Kompliziertheit kann man dem Programm nicht machen. Ebenso simpel ist die Weltsicht Jean-Luc Mélenchons vom linken Block. Der Kandidat des *Front de Gauche*, der im Wahlkampf die „Sechste Republik“ forderte und auf die Frage nach der Bezahlbarkeit seines Programms stets nur ein Lachen hatte, predigt eine radikale Umkehr der europäischen Politik. Die Regierungen, die den Fiskalpakt unterschrieben haben, sind, an der Spitze die Bundeskanzlerin Angela Merkel, in seinen Augen nicht viel mehr als Agenten des internationalen Finanzkapitals. Addiert man die Stimmenanteile Mélenchons zu denen Le Pens, hat fast jeder dritte Franzose bei dieser Wahl gegen Europa gestimmt.

Virtueller Sparringspartner Mitterrand

Frankreich ist seit dem 6. Mai rot eingefärbt. Die Sozialisten stellen den Präsidenten der Republik, dazu alle Regionalpräsidenten bis auf einen. Die große Majorität der großstädtischen Bürgermeister besitzt das PS-Parteibuch. Im Senat geben die Sozialisten den Ton an. Siegen sie auch bei den Wahlen zur *Assemblée Nationale*, wäre die Einfarbigkeit perfekt. Ein Zustand von Dauer? Wohl kaum. Die Franzosen lieben die Abwechslung. Jacques Chirac (der übrigens für Hollande votierte!) musste zeitweilig einen sozialistischen Regierungschef ertragen. Vor ihm praktizierte François Mitterrand notgedrungen die französische Variante der Großen Koalition, genannt *cohabita-*

tion. Bedingung für eine Rückkehr zu ausbalancierteren Verhältnissen wäre ein Wiedererstarken der UMP. Kurzfristig stehen die Wetten darauf schlecht.

Von François Mitterrand war seit dem 6. Mai viel die Rede. Der erste sozialistische Präsident der französischen Republik spielt in den Erwägungen über den Fortgang der Dinge die Rolle eines virtuellen Sparringspartners von François Hollande. Wird der neue Präsident so biegsam (so machiavellistisch) sein wie sein Vorbild? Verfügt Hollande über Mitterrands Machtinstinkt? Wird er die gleichen Fehler machen wie Mitterrand?

Als Mitterrand 1981 an die Macht kam, legte er furios los. Er zeigte den Franzosen, was Sozialismus ist. Banken und Schlüsselindustrien wurden verstaatlicht, die Rente mit sechzig eingeführt, der Mindestlohn erhöht und die Regelarbeitszeit verkürzt. Helmut Schmidt, damals Kanzler in Bonn, verdrehte die Augen. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl fragte erschüttert: „Wie lange wollen die Franzosen das durchhalten?“ Sie hielten es nicht lange durch. Die Arbeitslosigkeit schraubte sich auf elf Prozent hoch, die Inflation kletterte über die Fünf-Prozent-Marke, dreimal hintereinander musste der Franc abgewertet werden. Das Spiel mit dem Feuer wurde rasch beendet. 1983 erfolgte die Rückkehr zur Stabilität, doch ist das Erbe der wilden ersten Jahre Mitterrands bis heute spürbar.

François Hollande hat das nicht vergessen. Es ist unwahrscheinlich, dass er die Fehler Mitterrands wiederholt. Die Umgebung des Präsidenten, die bemüht ist, die Irritationen in den Hauptstädten europäischer Nachbarländer zu dämpfen, hebt unermüdlich hervor, Hollande sei Sozialdemokrat, was heißen soll, von moderatem Temperament. Das mag so sein. Hollande steht eher auf dem rechten Flügel seiner Partei. Zu beachten ist aber, dass der linke PS-Flügel in den *primaires* gezeigt hat, was eine Harke ist. Arnaud

Montebourg, ein junger Dampfhammer im Maßanzug, brachte es im Ausscheidungsrennen der Sozialisten zu einem sehr bemerkenswerten dritten Rang. Auch kann sich Hollande nicht erlauben, die *écolos* über die Schulter anzusehen. Die französischen Grünen sind stärker, als es das klägliche Abschneiden ihrer Spitzenkandidaten Eva Joly bei der Präsidentschaftswahl nahezulegen scheint.

Letztlich taugt die Parallele Mitterrand nicht. Innenpolitisch ist sie untauglich, weil Frankreich es sich nicht leisten kann, dass seine Bindung an die internationale Wettbewerbsfähigkeit endgültig abreißt. Das Land braucht Strukturreformen, und um diese in Gang zu setzen, wird dem neuen Präsidenten ein moderates Temperament nicht genügen. Er braucht die Steherqualitäten der sozialdemokratischen Reformpolitiker Blair und Schröder.

Untauglich ist die Parallele Mitterrand auch europapolitisch. Die Verhältnisse haben sich in den letzten dreißig Jahren markant verändert. Nationale und europäische Politik sind heute, anders als beim Amtsantritt Mitterrands, schicksalhaft miteinander verknüpft. Wenn schon der Winzlingsstaat Griechenland die Nerven der übrigen Gemeinschaftsregierungen zerfetzt, kann die Entwicklung Frankreichs die Partner erst recht nicht kaltlassen. Die Vergemeinschaftung der nationalen Politiken im Risiko verschafft Hollande jede Menge Störpotenzial. Auch wenn er dieses Potenzial nicht ausreizt, bleibt seine Position stark: Die bloße Möglichkeit, dass er den Fiskalpakt dem französischen Parlament nicht zur Ratifizierung vorlegt, wird die Partner zu Konzessionen zwingen.

Anderes Souveränitätsverständnis

Es wird sich sehr rasch zeigen, ob François Hollande der hohe Grad wechselseitiger Haftung in und für Europa bewusst ist. Im Wahlkampf hat er sich zwar zur Stabilität bekannt. 2017

soll der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Hollandes Rechnung setzt aber ein zweieinhalbprozentiges Wachstum in der Zeit bis dahin voraus. Sein Eintreten für Eurobonds und mehr noch die Ablehnung einer verfassungsrechtlichen Verankerung der Schuldenbremse beunruhigen den Norden Europas zu Recht. Dabei kommt der *règle d'or* gleichsam eine Offenbarungsfunktion zu. Frankreich hat ein anderes Souveränitätsverständnis als Deutschland. Deutschland denkt nach der Erfahrung der Nazi-Barbarei mächt-skeptisch. Hingegen gehört zur französischen Staatstradition größtmögliche Gestaltungsfreiheit. Das Heimatland der Revolution, die den Menschen neu erschaffen wollte, hat schon mit der Unabhängigkeit der Notenbank ein Problem. Es will sich durch die Schuldenbremse keine Fußfessel anlegen lassen. Nicolas Sarkozy war in diesem Punkt eine große Ausnahme. Angela Merkel wusste, weshalb sie ihn unterstützte.

Als Realpolitikerin wird die deutsche Kanzlerin den veränderten Tatsachen Rechnung tragen. Die unterschiedliche Parteizugehörigkeit dürfte ihre geringste Sorge sein. Schmidt und Giscard d'Estaing, Kohl und Mitterrand kamen miteinander aus, *comme il faut*. Und was Merkel und Sarkozy anbelangt, brauchte es, bis daraus das Tandem Merkozy wurde, viel Zeit. Viel Zeit haben Merkel und Hollande nicht. Inmitten einer Krise, die jeden Augenblick eskalieren kann, braucht Europa ein handlungsfähiges deutsch-französisches Führungsduo. Die Verantwortung ist groß. Es geht nicht nur um Sicherheit für die Finanzmärkte. Die jüngste Vergangenheit hat gelehrt, dass die Krise Europas Kerosin in den Adern der radikalen und antieuropäischen Kräfte ist.

Mehr denn je ist Sisyphos das Sinnbild Europas. Aber dürfen wir uns nicht nach Albert Camus Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen?